

PAKISTAN

# Das Spiel scheint aus

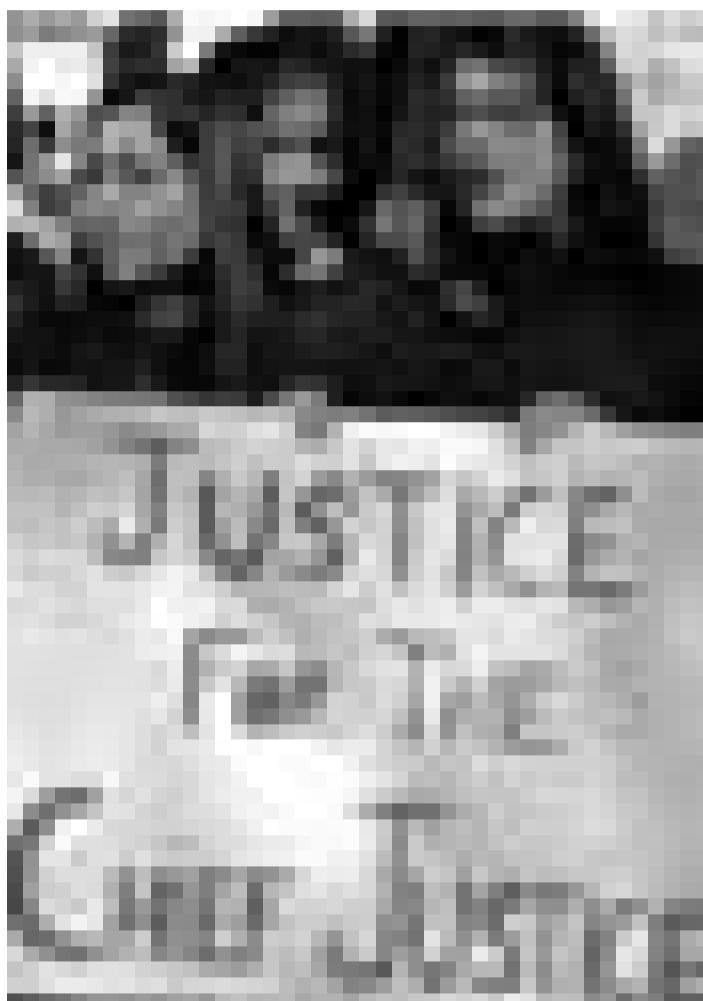
**Der pakistanische Staatspräsident Musharraf steht innenpolitisch unter Druck. Mit der Suspendierung des obersten Richters des Landes, als Befreiungsschlag gedacht, könnte er sich nun selbst zu Fall bringen.**

Pakistan ist in Aufruhr: "Go, Musharraf, go!" skandieren Demonstranten täglich auf landesweiten Protestkundgebungen. Puppen mit dem Konterfei des Staatspräsidenten werden verbrannt, vielerorts schreitet die Polizei nicht mehr ein. In der Hauptstadt Islamabad proben seit etlichen Wochen mehrere hundert bewaffnete Koranschüler den offenen Aufstand gegen General Pervez Musharraf. "Weder die internationale Gemeinschaft noch das Militär werden das derzeitige Regime noch weiterhin stützen, wenn die Proteste im Land weiter eskalieren", prophezeite Pakistans ehemalige Premierministerin Benazir Bhutto in einem Interview, das sie der britischen Tageszeitung "Daily Telegraph" am vorletzten Sonntag gab.

Fast acht Jahre hat er sich an der Regierung gehalten, länger als die meisten seiner Vorgänger, doch nun scheint Musharrafs Macht zusehends zu schwinden. Nach dem Putsch im Oktober 1999 war es ihm geschickt gelungen, sich als politischer Retter in Generalstabsuniform zu präsentieren. Seine zwei größten politischen Kontrahenten konnte er lange Zeit kaltstellen. Sowohl der von ihm abgesetzte Premierminister Nawaz Sharif als auch Benazir Bhutto leben im Exil.

Nicht ganz unbeteiligt an Musharrafs Erfolgen war Iftikhar Chaudhry, der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs. Seinerzeit rechtfertigte er den Putsch, bestätigte den Hochverratsvorwurf gegen Sharif, und den Haftbefehl wegen Korruptionsvorwürfen gegen Bhutto hielt er auch aufrecht. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass gerade mit Chaudhry eine populäre Persönlichkeit heranwuchs, die in den vergangenen Monaten offen der Machtpolitik des Staatspräsidenten die Stirn zeigt.

Der Jurist ordnete die Untersuchung des ungeklärten Verschwindens von Terrorverdächtigen an und verhinderte die Privatisierung der staatlichen "Pakistan Steel Mills" wegen des Verdachts der Korruption, die bis in die Reihen des Militärs reichen soll. Als sich die Gerüchte verstärkten, dass Chaudhry einer abermaligen Kandidatur Musharrafs für die Präsidentschaftswahlen im Falle dessen weiteren Beharrens auf der Position des Oberbefehlshabers nicht zustimmen



"Gerechtigkeit für den Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs": Solidaritätsbekundung für Iftikhar Chaudhry, der von seinem Amt suspendiert wurde, am 15. März in Islamabad.

(Foto: Internet)

würde, schien sein Schicksal entschieden. Anfang März wurde Chaudhry aufgrund von Vorwürfen der Vorteilsnahme im Amt suspendiert, er soll unter anderem seinem Sohn einen hohen Posten bei der Polizei verschafft haben.

## Landesweit Proteste

Eigentlich war dieses Abservieren ein typischer machtpolitischer Akt, jedoch unterschätzte das Regime die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung und den Gemeinschaftssinn der Juristen. Als die Polizei mit Gewalt gegen einen Protestzug von Rechtsanwälten in Islamabad vorging, berichtete die private Fernsehstation Geo TV live davon. Der Sender wurde später selbst ein Opfer der Staatsgewalt, und viele Journalisten der trotz Repressalien verhältnismäßig freien Presse in Pakistan solidarisierten sich. Im ganzen Land kam es zu Protesten.

Chaudhry stilisierte sich zum Vorkämpfer für Rechtsstaatlichkeit und Verfassungstreue. Ob dies so stimmt, ist für die meisten Pakistanis nicht so wichtig. Für sie zählt vielmehr, dass sich jemand Musharraf entgegenstellt.

Zusätzlich sah sich die Regierung in Islamabad mit anderen Herausforderungen konfrontiert: Koranschülerinnen der Roten Moschee (Lal Masjid) begannen einen "Feldzug gegen die Unmoral". Sie verwüsteten Läden, Kinos und illegale Bordelle. Ihre männlichen Kollegen lieferten sich Schermützel mit der Polizei und verschanzten sich auf

dem Gelände der Moschee. Die Sicherheitskräfte in der Hauptstadt widmeten sich fortan mehr diesem Problem als den friedlichen Protesten.

Als Chaudhry am 4. Mai von Islamabad nach Lahore reiste, kam dies einer politischen Wallfahrt gleich. Sein Konvoi benötigte für die Strecke von 260 Kilometern über 25 Stunden. Die meisten oppositionellen Parteien riefen derweil ihre Anhänger im Osten Pakistans zum Protest

auf. Deren Heterogenität sowie einige Zerwürfnisse führten jedoch zu getrennten Aufmärschen von Bhuttos Pakistan People's Party, Sharifs Pakistan Muslim League-Nawaz, der Muttahida Majlis-e-Amal, die eine Allianz der fünf bedeutendsten radikalislamischen Parteien darstellt und insbesondere im Westen des Landes beliebt ist, sowie der paschtunischen Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf, die von dem ehemaligen Cricket-Sportler Imran Khan geführt wird.

## Zerstrittene Opposition

Am 12. Mai wurden Anhänger der Opposition von Demonstranten des Musharraf nahe stehenden Muttahida Quami Movement angegriffen. Mindestens 45 Menschen starben innerhalb von zwei Tagen, während sich die Polizei zurückhielt. Erst als Paramilitärs in die Hafenstadt einrückten, beruhigte sich die Lage. Rund 800 Menschen wurden verhaftet. Derweil erschossen unbekannte Attentäter in Islamabad einen engen Mitarbeiter Chaudhrays.

Gleichzeitig organisierte das Regime eine Kundgebung in der Hauptstadt. Zehntausende Menschen wurden dabei mit Essen und Geldgeschenken bei Laune gehalten – eine in Pakistan bei allen Parteien übliche Praxis. Man lauschte einer Rede des Generals, der hinter dickem Panzerglas stand und zufrieden feststellte: "Das Volk ist mit mir!"

Aus Protest gegen die Ereignisse der Vortage riefen die Oppositionellen Kräfte am 14. Mai in Lahore einen Generalstreik aus. "Nur eine herzlose, verantwortungslose und unabhängige Regierung kann in Islamabad feiern, während zur selben Zeit Karachi brennt", sagte Asma Jahangir, Vorsitzender der Pakistanischen Menschenrechtskommission, der BBC. Die Regierung reagierte umgehend, indem sie landesweit einen spontanen Feiertag ausrief, jegliche De-

monstration verbot und den öffentlichen Nahverkehr in großen Städten einstellte.

Kundgebungen der Regimegegner finden weiter statt, jedoch ist seit Mitte Mai die nationale Berichterstattung über den Fall Chaudhry wegen eines Medienerlasses eingeschränkt. Bhutto und Sharif kündigten am 21. Mai an, zu den im Herbst anstehenden Wahlen nach Pakistan heimzukehren. Ein Bündnis zeichnet sich jedoch nicht ab, zu tief sitzt das Misstrauen zwischen beiden Exil-Politikern. Musharraf drohte ihnen mit sofortiger Verhaftung, falls sie die Einreise wagen würden.

Auf der anderen Seite machen islamistische Terroristen unvermindert Druck. Im nahe der afghanischen Grenze gelegenen Peshawar tötete ein Selbstmordattentäter 25 Menschen, als "Warnung an alle, die mit den USA kooperieren". Zugleich finden wieder Kämpfe in den nordwestlichen Unruheregionen statt. Und in Islamabad spitzt sich die Lage um die Rote Moschee zu: Die Glaubenskämpfer nahmen mehrere Polizisten als Geiseln. Darauf ordnete der Präsident Mitte voriger Woche eine Belagerung des Komplexes durch die Armee an.

Bislang gelang es Musharraf immer wieder, Gemäßigte und Islamisten gegeneinander auszuspielen – doch nun hat es den Anschein, dass sich viele nicht mehr auf sein Spiel einlassen wollen. Vielmehr ist zu vermuten, dass er nunmehr selbst zu einer Spielfigur für andere mutiert, die geopfert werden kann.

Peer Bruch

Peer Bruch ist Politologe und unter anderem als Redakteur für das Internetportal Suedasien.info tätig.

## Nachtrag zur Nr. 903: Globalisierte Luxemburger

Der Kastentext zum G8-Dossier in der Vornummer konnte den Eindruck erwecken, nur die Interviewpartner seien aus Luxemburg. Doch obwohl der Autor des zweiten Beitrags, Michel Dormal, seine Zelte mittlerweile in Trier aufgeschlagen hat, handelt es sich auch bei ihm um einen luxemburgischen Aktivisten.

## Avis

### Ministère des Travaux publics

### Administration des Bâtiments publics

### Division de la Gestion du Patrimoine

### Avis d'adjudication

Ouverture de la soumission:

**mardi 19 juin 2007 à 10:00 heures**

Administration des Bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à L-1475 Luxembourg

### Institut Viti-Vinicole pour le Fonds de Solidarité Viticole

### Objet: - travaux de fenêtres et portes extérieures, vitrages inclinés, protections solaires

Envergure:

- 22 fenêtres en aluminium

- 14 protections solaires en aluminium

- 1 porte extérieure

- 94 m<sup>2</sup> de vitrages inclinés

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

Début/Durée prévisible:

La durée des travaux est de 15 jours ouvrables à débute en septembre 2007.

Les intéressés sont tenus d'introduire leur candidature écrite au minimum 24 heures avant de retirer le dossier de soumission à

L'Administration des Bâtiments publics

"Soumissions"

Boîte postale 112

L-2011 Luxembourg

Télécopieur: 46 19 19 - 555

Les plans, cahiers des charges et bordereaux de soumis-

sion sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration à partir du mercredi 30 mai 2007.

Les offres portant l'inscription 'Soumission pour les travaux de fenêtres et portes extérieures, vitrages inclinés, protections solaires à exécuter dans l'intérêt de l'Institut Viti-Vinicole pour le Fonds de Solidarité Viticole' sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.

Luxembourg, le 21 mai 2007  
Le ministre des Travaux publics  
Claude Wiseler